

DATENSCHUTZINFORMATION für Abfallbeseitigungsgebühren

im Zusammenhang mit der Erhebung der Abfallbeseitigungsgebühren (AB-Gebühren) in der Stadt Dessau-Roßlau

Seit dem 25.05.2018 sind in allen EU-Mitgliedsstaaten die Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) anzuwenden.

Die allgemeinen Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung in der Stadt Dessau-Roßlau geben Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und Ihre Rechte, die sich aus den Datenschutzregelungen ergeben.

Wir legen großen Wert auf den Schutz Ihrer Daten und die Wahrung Ihrer Privatsphäre. Wir verarbeiten Ihre Daten daher ausschließlich auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen.

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Die Stadt Dessau-Roßlau vertreten durch den Oberbürgermeister, Herrn Dr. Robert Reck, Zerbster Straße 4, 06844 Dessau-Roßlau, E-Mail: ob@dessau-rosslau.de, Telefon: 0340 204 1000, Fax: 0340 204 2691201 verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten im Amt für Stadtfinanzen, kaemmerei@dessau-rosslau.de, Tel. 0340 204 1020

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Zerbster Straße 4, 06844 Dessau-Roßlau

E-Mail: datenschutz@dessau-rosslau.de

Telefon: 0340 204 1709

Fax: 0340 204 2691709

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die Daten werden für die Erhebung und Festsetzung von Abfallbeseitigungsgebühren (AB-Gebühren), Aussetzung der Vollziehung und zur Entscheidung über Billigkeitsmaßnahmen (Ermäßigungen, Stundungen und (Teil-)Erlasse) für alle Erhebungsverfahren benötigt.

Dabei werden Ihre Angaben, die Mitteilung der Finanzämter im Rahmen der Datenbereitstellung über die Grundsteuermessbescheide, der Einwohnermeldeämter, des Eigenbetriebes Stadtpflege sowie der Amtsgerichte (Handels-, Vereins- und Gewereregister, Grundbuch und Katasteramt) verwendet. Die Dokumentation und Speicherung erfolgt in einer Steuerakte, ab 2022 in elektronischer Form, und elektronisch im Veranlagungsverfahren. In der Steuerakte wird der Schriftverkehr und im Veranlagungsverfahren werden die Daten für die Festsetzung der AB-Gebühren und die Zahlungsdaten gespeichert. Rechtsgrundlagen sind Artikel 6 Abs. 1 e der DSGVO, §§ 9, 10 DSAG-LSA, §§ 1, 2 und 5 KAG-LSA, § 34 BMG und §§ 29 b bis 31 c AO, §§ 93, 111 AO in Verbindung mit § 1 Abs. 2 AO, der AB-Satzung sowie der AB-Gebührensatzung der Stadt Dessau-Roßlau.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Die personenbezogenen Daten unterliegen dem besonderen Schutz des Steuergeheimnisses. Die Daten dürfen unter den in § 29 c AO festgelegten Voraussetzungen weiterverarbeitet werden.

Nach § 31 Abs. 3 AO können Namen und Anschriften von Grundstückseigentümern zur Verwaltung anderer Abgaben sowie zur Erfüllung sonstiger öffentlicher Aufgaben verwendet oder den hierfür zuständigen Gerichten, Behörden oder juristischen Personen des öffentlichen Rechts auf Ersuchen mitgeteilt werden, soweit nicht überwiegend schutzwürdige Interessen des Betroffenen entgegenstehen. Nach § 21a Abs. 2 VwVG darf die Vollstreckungsbehörde die Daten auch bei der Vollstreckung wegen anderer Geldleistungen verwenden.

5. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Personenbezogene Daten müssen solange gespeichert werden, wie sie für das Besteuerungsverfahren erforderlich sind. Grundlagen dafür sind die gesetzlichen Verjährungs- und Aufbewahrungsfristen nach § 13 Abs. 1 Nr. 4 b) und § 13 a Abs. 1 KAG-LSA in Verbindung mit §§ 169-171, 228-232 AO und § 24 KomKBVO Doppik, ArchG LSA.

6. Betroffenenrechte

Sie (als natürliche Person) haben das Recht auf Auskunft über die bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO) sowie auf deren Berichtigung (Art. 16 DSGVO) oder Löschung bzw. Einschränkung der Verarbeitung (Art. 17, 18 DSGVO). Ferner besteht ein Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO) gegen die Verarbeitung, soweit diese nicht ausschließlich zur Aufgabenerfüllung erfolgt; ein Recht auf Übertragbarkeit (Art. 20 DSGVO) der von Ihnen bereitgestellten Daten.

Sollten Sie von Ihren Betroffenenrechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Dessau-Roßlau, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Die Betroffenen haben nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO ein Beschwerderecht für den Fall des Vorliegens eines Verstoßes gegen gesetzliche Bestimmungen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten.

Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde befindet sich beim Landesbeauftragten für den Datenschutz Sachsen-Anhalt, Geschäftsstelle und Besucheradresse: Otto-von-Guericke-Straße 34a, 39104 Magdeburg, Telefon: +49 391 81803-0, Telefax: +49 391 81803-33, E-Mail: poststelle@lfd.sachsen-anhalt.de, Internet: www.datenschutz.sachsen-anhalt.de.

Nach § 2a Abs. 5 AO gelten die oben angeführten Rechte auch für Körperschaften, rechtsfähige oder nichtrechtsfähige Personenvereinigungen oder Vermögensmassen.

7. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Sie sind auf der Grundlage des § 14 AB-Gebührensatzung verpflichtet, auf Verlangen die zur Festsetzung der Gebühren erforderlichen mündlichen und schriftlichen Auskünfte zu erteilen. Diese Auskunftspflicht ergibt sich außerdem aus § 8 AB-Satzung der Stadt Dessau-Roßlau.

Erläuterung der Abkürzungen

AO – Abgabenordnung

Art. – Artikel

BMG - Bundesmeldegesetz

DSAG-LSA – Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz Sachsen-Anhalt

DSGVO – Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union

KomKBVO – Kommunalkassen- und Buchführungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt

ArchGLSA – Archivierungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt

AB-Satzung – Abfallsatzung

AB-Gebührensatzung - Abfallgebührensatzung

KAG – Kommunalabgabengesetz des Landes Sachsen-Anhalt

VwVG – Verwaltungsvollstreckungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt